

In der deutschen Hauptstadt findet der Volksentscheid „ProReli“ statt

Die Offenheit des Bildungsauftrags

Von Gerd Held

Wenn politische Parteien mit lächelnden Menschenkollektiven werben, ist Vorsicht geboten. Meistens wird da suggeriert, es gebe einen alleinseligmachenden Weg und alle Menschen guten Willens müssten dafür sein. In Berlin klebt die SPD Plakate, die Schüler als eine solche Gemeinschafts-Lächel-Gruppe präsentiert und für ein „Nein“ im Volksentscheid am 26. April wirbt, der das Fach „Religion“ gleichberechtigt neben dem Fach „Ethik“ einführen will. Das Plakat hat etwas Peinliches. Man ahnt, dass Schule so nicht ist. Hier wird etwas verborgen. Der Plakattext legt den Schülern die Aussage in den Mund: „Religion oder Ethik? Wir machen beides.“ Aber von einem gleichberechtigten Nebeneinander zwischen beiden Fächern, wie es in anderen deutschen Bundesländern üblich ist, kann in Berlin nicht die Rede sein. Hier hat das Fach „Ethik“ den Rang eines Pflichtfachs, während „Religion“ nur als freiwilliges Extrafach besteht. Ein klarer Fall von Diskriminierung. Diese Ungleichheit soll durch die Ablehnung des Volksbegehrens bestätigt werden. Dafür müssen die Schüler auf dem Plakat lächeln.

Das Privileg für den Ethikunterricht ist nicht harmlos. Es bedeutet eine Art Pflichtvereinigung der Schüler, bei der der Staat die Definitionsmacht über die Moral beansprucht. Im Fach „Ethik“ steht der Weg zum Guten von vornherein schon fest. Die Schulbehörde hat ihn bestimmt. In einer freien Gesellschaft bringen die Schüler eigene Wertbindungen und Weltbilder mit. Sie brauchen ihre eigenen Bildungswege, um ihren Lebensentwurf und ihre Maßstäbe zu finden. Hingegen bedeutet das einheitliche Pflichtfach „Ethik“, dass dieser Pluralismus zu einem einzigen Weg zwangsvereinigt wird. Natürlich könnte

man sich vorstellen, dass ein ganz hervorragender Lehrer die unterschiedlichsten geistigen Anstöße in seinem Unterricht vermittelt. Man weiß jedoch, dass Lehrer auch nur Menschen sind und auch ganz anders agieren können. Das Monopolfach Ethik verleiht dem Lehrer in einem sehr sensiblen Bereich eine große und auch schwer zu kontrollierende Macht. Die beste Sicherung dagegen ist die Eröffnung von Wahloptionen. Mit zwei Fächern sieht man mehr als mit einem. Das gilt natürlich auch umgekehrt für ein Monopolfach Religion. Die ProReli-Initiative in Berlin hat deshalb sehr klug vorgeschlagen, dass die Schüler nicht nur ein für allemal zwischen beiden Fächern wählen müssen, sondern ihre Wahl jährlich neu treffen können. In Zeiten, in denen wir so sehr auf unsere „informationelle Selbstbestimmung“ pochen, sollten die Bürger auf das, was in den Klassenzimmern geschieht, aufmerksam schauen und sich nicht mit wohlklingenden Phrasen des Guten begnügen.

Sie sollten sich auch nicht mit Drohungen einschüchtern lassen. Der zuständige Bildungssenator Zöllner hat die Behauptung aufgestellt, dass die Schüler, die sich nach einem erfolgreichen Volksentscheid für das Fach Religion entschieden, „für die Integration verloren“ seien. Auf den verschiedensten Kanälen wird in diesen Wochen in Berlin das Vorurteil verbreitet, Religionsunterricht sei in der Tendenz „etwas Trennendes“, weil Religion einseitige Bindungen enthalte, die nicht alle Menschen teilen. Das Vorurteil verkennt, dass ein Mensch gerade aus einer bestimmten religiösen Bindung heraus seine Mitmenschen mit anderen Bindungen gut verstehen kann. Er kann mit ihnen zusammenleben, ohne dass sie ihre Überzeugungen ablegen müssen. Dagegen führt die Vorbe-

dingung einer allgemeinen „weltanschaulichen Neutralität“ nur zu einer Scheinintegration. Gemeinsamer Ethikunterricht kann sehr gut sein. Aber nur dann, wenn Gemeinsamkeit nicht gegen die Unterschiedlichkeit von menschlichen Orientierungen und Lebensentwürfen ausgespielt wird. Das Fach „Ethik“ braucht das Fach „Religion“, und umgekehrt. Wo im Namen der Ethik das Religiöse zurückgesetzt wird, nimmt die Ethik sofort selber Schaden und wird zu einer öden, stumpfen Gemeinschafts-Dogmatik.

Auch das Argument, die Vereinigung aller Schüler in gemeinsamen Ethikstunden stelle an sich schon eine ethische Qualität dar, ist im Grunde verheerend – gerade in einer Metropole wie Berlin. Denn hier kommt es darauf an, gegenüber Mitbürgern respektvoll zu sein, mit denen man nie zusammengessen hat und die man gar nicht näher kennt. Das Berliner Ein-Wege-Modell passt nicht in ein weltoffenes Land und schon gar nicht in eine pluralistische Metropole.

Dies ist vor allem eine Affäre der SPD. Ihre Haltung hat in Berlin den Ausschlag gegeben. Dabei ist die Sozialdemokratie in ihrer Tradition eigentlich keine Partei des kulturellen Monopols. In vielen Regionen Deutschlands wirken säkulare und religiöse Kräfte in der SPD zusammen. Man stelle sich vor, in Nordrhein-Westfalen würde die SPD mit dem Plan antreten, das Schulfach Religion zurückzusetzen. Aber in der Hauptstadt macht die SPD dafür Kampag-

ne - mit so prinzipiellen Argumenten, dass sie eigentlich überall gelten müssten. Müßte die SPD nicht auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen behaupten, dass das dortige Schulfach Religion der Integration schadet? Hier ist ein klärendes Wort der SPD-Führung und des Kanzlerkandidaten Frank Walter Steinmeier dringend nötig. Er hat für das Volksbegehren ProReli in Berlin unterschrieben. Aber er schweigt jetzt. So weiß man nicht, ob das kulturelle Profil der SPD wirklich noch pluralistisch ist. Einstweilen verschweigt man das Thema auf Bundesebene. Das Datum des Volkstentscheids wurde in Berlin so früh angesetzt, dass der Abstand zu den Bundestagswahlen groß ist und keine unbequemen Nachfragen zur Kultur der SPD aufkommen. Dabei scheint hinter der Berliner Pflichtvergemeinschaftung im Fach Ethik schon ein weiteres Gemeinschaftsvorhaben hervor: die Aufhebung des gegliederten Schulsystems zu Gunsten einer Gemeinschaftsschule. Auch hier werden wir das Generalargument „Alle gemeinsam!“ zu hören bekommen.

Das Volksbegehren ProReli sollte nicht nur Menschen mit religiöser Konfession bewegen. Es geht um eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die geistige Bildung der Schüler. Es geht auch um den kulturellen Pluralismus in der deutschen Hauptstadt und um die geistige Vielfalt in unserem Land.

(Manuskript vom 9.4.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 14.4.2009 unter der Überschrift „Wie pluralistisch ist die deutsche Hauptstadt?“)